

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Der Kompass: Immer auf Kurs in der Beratung	V

Die Insolvenzsicherung im Durchführungsweg rückgedeckte Unterstützungskasse (Dr. Susanne Marian)

1	Allgemeines zum Durchführungsweg Unterstützungskasse	1
1.1	Gemeinsamkeiten	2
1.2	Unterschiede	3
1.2.1	Firmeneigene Kassen- oder Gruppenunterstützungskassen	3
1.2.2	Erbringung von lebenslänglich laufenden Leistungen oder anlassbezogenen Notfallleistungen	3
1.2.3	Pauschaldotierte und kongruent rückgedeckte Unterstützungskassen	4
1.2.4	Körperschaftsteuerpflichtige und -freie Kassen	5
1.3	Zusammenfassung	7
2	Die Rechtsverhältnisse bei der Unterstützungskasse	7
2.1	Die arbeitsrechtliche Zusage	7
2.2	Das Rechtsverhältnis der Unterstützungskasse zu Arbeitgeber und Arbeitnehmer	8
2.2.1	Arbeitgeber – Unterstützungskasse	8
2.2.2	Arbeitnehmer – Unterstützungskasse	8
2.2.3	Unterstützungskasse – Versicherer	9
2.2.4	Über allem: Die Satzung	9
2.2.5	Besonderheit Verpfändung	9
3	Die Sicherungsmechanismen bei der rückgedeckten Unterstützungskasse im Überblick	10
3.1	Der gesetzliche Insolvenzschutz durch den PSVaG . . .	10
3.2	Die Insolvenzsicherung außerhalb des PSVaG	11

	Seite
3.2.1	Sicherung über die Gestaltung der Satzung . . . 11
3.2.2	Sicherung über das Verpfändungsmodell 15
3.2.2.1	Verpfändung ohne zusätzliche Absicherung in der Satzung 15
3.2.2.2	Absicherung in der Satzung ohne zusätzliche Verpfändung 16
4	Zusammenfassung 18

**Kundennutzen: Vertriebsrechtliche Aspekte aus den
Anforderungen des BaFin-Merkblatts 01/2023**
(Matthias Sandrock)

1	Einleitung	19
1.1	Rechtliche Einordnung	19
1.1.1	Verwaltungspraxis/Auslegung europäischer Regelungen	20
1.1.2	„POG-Regime“ für Produkthersteller	22
1.2	Wesentliche Inhalte des Merkblatts – Hersteller- pflichten	24
1.2.1	Produkte	24
1.2.2	Value for money/Kundennutzen/Preis- Leistungs-Verhältnis	26
1.2.3	Vergütung/Abschlusskosten/Fehlanreize	28
2	Relevanz für Versicherungsmakler?	29
2.1	Pflichten für Versicherungsvertreiber zum POG-Verfahren	29
2.1.1	IDD	29
2.1.2	VAG	30
2.1.3	Versicherungsvermittlungsverordnung	30
2.1.4	DVO-POG	31
2.2	Beratungspflichten	37
2.3	Vergütungsfragen/Vermeidung von Fehlanreizen	41

**Das Arbeitsunfähigkeitsrisiko von Freiberuflern
und Selbstständigen**
(Alexander Schrehardt)

	Seite
1 Das Krankengeld der gesetzlichen Krankenkassen	45
2 Die private Krankentagegeldversicherung	47
2.1 Definition der Arbeitsunfähigkeit in den MB/KT 2009 und in den AVB der privaten Krankenversicherer	47
2.2 Das versicherbare Nettoeinkommen	48
2.3 Absicherung des Arbeitsunfähigkeitsrisikos von Existenzgründern	50
2.4 Nachversicherungsgarantien	50
2.5 Die Tücken des § 15 MB/KT 2009	51
3 Die Betriebsausfallversicherung	54
3.1 Der Begriff der Arbeitsunfähigkeit in der Betriebs- ausfallversicherung	54
3.2 Versicherungssumme, versicherte Risiken und Haftungszeitraum	55
3.3 Karenzzeiten	59
3.4 Geltungsbereich des Versicherungsschutzes	60
3.5 Ausschlusstatbestände	60
3.6 Kündigung des Versicherungsvertrags und Verein- barung von vertraglichen Erschwernissen	64
3.7 Steuerrechtliche Behandlung von Beiträgen und Leistungen	67

**Querdenken ist mehr denken:
Die Auslagerung von Pensionszusagen**
(Jochen Prost/Elisabeth Lapp)

1 Allgemeines	71
2 Grundsätzliche Vorgehensweise	72
3 Lösungsalternativen zum Kombinationsmodell	73
3.1 Erste Alternative: Beibehalten der Pensionszusage	73
3.2 Zweite Alternative: Past-Service über Pensionszusage und Future-Service über Unterstützungskasse	76

	Seite
3.3 Dritte Alternative: Past-Service über Pensionsfonds und Future-Service über Pensionszusage	77
3.4 Vierte Alternative: Auslagerung von Past- und Future-Service auf Unterstützungskasse	78
3.5 Exkurs: Liquidationsversicherung	79
4 Fazit	82

**Der Statuswechsel – vom Arbeitnehmer zum
beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer (bGGF)**
(Per Protoschill)

1 Worum geht es beim Statuswechsel?	83
2 Warum ist das für Vermittler wichtig?	84
3 Versorgung des neuen Unternehmers (bGGF)	85
3.1 Der „frisch gebackene“ Unternehmer erhält eine neue, arbeitgeberfinanzierte Zusage	85
3.1.1 Vorliegen eines Gesellschafterbeschlusses	85
3.1.2 Probezeit – entbehrlich, weil zuvor in der Rolle des Arbeitnehmers die Eignung erbracht wurde?	85
3.1.3 Erdienbarkeit	86
3.2 Der „frisch gebackene“ bGGF erhält eine neue, durch seine Dienstbezüge finanzierte Zusage – Erleichterungen durch die Rechtsprechung?	87
3.3 Der „frisch gebackene“ bGGF führt die Zusage aus der Zeit als Arbeitnehmer fort – Regelungen des BetrAVG gelten nicht mehr uneingeschränkt	88
4 Gesetzlicher Insolvenzschutz – (nur) anteiliger Schutz	89
4.1 Mittel der Wahl – Verpfändung	90
5 Auswirkungen eines Statuswechsels vom Arbeitnehmer zum Unternehmer (bGGF) im Versorgungsausgleich	91
6 Auswirkungen des Statuswechsels auf Zeitwertkonten	91
7 Zusammenfassung	92

**Wegfall der Hinzuverdienstgrenze und deren
Auswirkungen auf die betriebliche Altersversorgung**
(*Elisabeth Lapp/Afrodite Hartorian*)

	Seite
1 Historische Entwicklung bis zur Abschaffung der Hinzuverdienstgrenze	93
1.1 Sinn und Zweck der Gesetzesänderung	93
1.2 Mehr Flexibilität und finanzielle Sicherheit für Frührentner	95
2 Gründe für eine Weiterbeschäftigung trotz Rentenbezug . .	97
2.1 Altersrente für besonders langjährig Versicherte	97
2.2 Bedeutung der Teilrente	98
2.3 Gründe für die Weiterbeschäftigung	99
2.3.1 Vermeidung von Wissensverlust in Unternehmen	99
2.3.2 Soziale Kontakte und gesellschaftliche Teilhabe .	100
2.3.3 Finanzielle Absicherung	100
2.3.4 Planungssicherheit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber	100
3 Fallgestaltungen	101
3.1 § 6 BetrAVG im Wandel	101
3.2 Fallkonstellation 1 – Bezug der gesetzlichen Altersrente als Vollrente während Weiterbeschäftigung beim gleichen Arbeitgeber ohne Bezug der betrieblichen Altersversorgung	102
3.3 Fallkonstellation 2 – Bezug der gesetzlichen Altersrente als Vollrente und Weiterbeschäftigung beim gleichen Arbeitgeber mit Bezug der betrieblichen Altersversorgung	105
3.3.1 Ausscheiden als Leistungsvoraussetzung? Der Wortlaut des § 6 BetrAVG	105
3.3.2 Praxisfragen	107
3.3.3 Anspruch auf Entgeltumwandlung?	108
3.4 Fallkonstellation 3 – Bezug der gesetzlichen Altersrente als Vollrente und Weiterbeschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber	109
4 Exkurs: Anpassungen bei Pensionskassen	110
5 Fazit	111

**Auslagerung einer Pensionszusage auf einen Pensions-
fonds und verdeckte Gewinnausschüttung?**

**Urteil des FG Baden-Württemberg
vom 26.2.2024 – 10 K 1444/22
(Dr. Claudia Veh)**

	Seite
1 Hintergrund	113
2 Sachverhalt	114
3 Die Entscheidung des FG Baden-Württemberg	116
4 Zusammenfassung	121

**Private Fortführung einer Direktversicherung –
was ist die „richtige“ Bemessungsgrundlage
für die Verbeitragung?
(Frank Wörner)**

1 Wann Versorgungsleistungen bei gesetzlich pflichtver- sicherten Rentnern keine Beitragslast auslösen	123
1.1 Private Fortführung einer Direktversicherung – auf den VN-Wechsel kommt es an	123
1.2 Riester – auf die bewusste Entscheidung kommt es an	125
1.3 Leistung an Hinterbliebene – auf den Versorgungs- zweck kommt es an	127
2 Das Urteil des LSG-Baden-Württemberg – auf die richtige Bemessungsgrundlage kommt es an	128
2.1 Der Fall vor dem LSG-Baden Württemberg	128
2.2 So entschied das LSG	129

Autorenverzeichnis	133
------------------------------	-----